

AFFÄREN

Luxusreise mit Bodyguards

Ein Luxustrip nach St. Petersburg wird für Kölns Oberbürgermeister Fritz Schramma (CDU) nun ein spätes juristisches Nachspiel haben. In der Affäre um Lustreisen für die Aufsichtsräte kommunaler Unternehmen sind Papiere aufgetaucht, die Schramma schwer belasten. Danach haben der CDU-Politiker



JÜRGEN SCHWARZ / DDP

und neun Mitreisende im Juli 2002 während der Russland-Reise einer Delegation der KölnMusik GmbH innerhalb von nur vier Tagen Kosten in Höhe von etwa 75 000 Euro verursacht. Die KölnMusik GmbH, die als Betreiberin der Philharmonie vom Steuer- und Gebührenzahler unterhalten wird, übernahm unter anderem die fast 18 000 Euro teure Unterbringung im Fünf-Sterne-Haus „Grand Hotel Europe“, in dem einige Gäste reichlich von Minibar und Pay-TV Gebrauch machten. Die Delegation schleimten an einem der Abende für etwa 1800 Euro und wurde bei Exkursionen, etwa ins Ballett, von einer Gruppe Bodyguards begleitet. Die Staatsanwaltschaft Köln wird nun gegen Schramma und Co. wegen des Verdachts der Untreue ermitteln. Wie der Oberbürgermeister sagt, sei die „Intensivierung des kulturellen Austausches“ Ziel der Reise gewesen.



CHRISTIAN SCHROTH / ACTION PRESS

Spähpanzer „Fennek“ in Heiligendamm

BUNDESWEHR

„Vorsätzliche Täuschung“

Im Zusammenhang mit dem Einsatz von zehn Bundeswehr-Spähpanzern des Typs „Fennek“ und den „Tornado“-Aufklärungsflügen während des G-8-Gipfels hat die Bundesregierung das Parlament offenbar vorsätzlich belogen. Noch Ende April hatte sie in ihrer Antwort auf eine kleine Anfrage der Linksfraktion geantwortet, „Umfang und Intensität der Unterstützungsleistungen durch die Bundeswehr werden erst zeitnah zum G-8-Gipfeltreffen endgültig absehbar sein.“ Dabei hatte das Innenministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern bereits am 13. März im Rahmen der Amtshilfe „Tornados“ und „Fenneks“ angefordert, ein Antrag, der – im April – positiv beschieden worden war. Deshalb lässt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin

der Linken, derzeit Möglichkeiten prüfen, „die Bundesregierung wegen vorsätzlicher Täuschung des Parlaments durch den Ältestenrat rügen zu lassen“. Auch der Schweriner FDP-Bundestagsabgeordnete Christian Ahrendt fühlt sich „insbesondere durch das Bundesinnenministerium“ verladen. In einer Sitzung des Bundestags-Innenausschusses hatte ihm Schäubles Parlamentarischer Staatssekretär Peter Altmaier vor dem Gipfel versichert, die Bundeswehr komme nur im Rahmen logistischer Maßnahmen und seeseitig zum Einsatz. „Von Aufklärungsaktionen war keine Rede“, so Ahrendt. Sein Fazit: „Die bestehende Unklarheit über die Grenzen der Amtshilfe muss durch ein Parlamentsgesetz aus der Welt geschafft werden.“

POLITIKER-PENSIONEN

Reform nicht in Sicht

Die von der Großen Koalition angekündigte Reform der üppigen Altersversorgung für Bundestagsabgeordnete wird immer unwahrscheinlicher. Zwar hatte der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Olaf Scholz, vorige Woche einen „Gesetzesentwurf noch in diesem Jahr“ avisiert. Doch die CDU/CSU-Fraktionsspitze dementiert jetzt: „Alles ist offen“, sagte eine Sprecherin. Zuvor hatten sich Union und SPD verständigt, „zwei Modelle zu prüfen“. Die Sozialdemokraten wollen eine Anpassung der Diäten an die Besoldung der obersten Bundesrichter – das entspräche derzeit einer Er-



HANS-CHRISTIAN PLAMBECK / HCP

höhung der Diäten um 658 auf knapp 7700 Euro. Zugleich sollen die Altersbezüge in geringem Umfang gekürzt werden. Diese Vorschläge, teils schon in den neunziger Jahren entwickelt, stoßen bei Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) auf Wohlwollen. Seine Parteifreunde hingegen schlugen jetzt überraschend einen radikalen Systemwechsel in der Altersversorgung vor, demzufolge die Diäten kräftig erhöht werden und die Abgeordneten diesen Aufschlag zur privaten Vorsorge verwenden. Entsprechende Regelungen in den Landtagen von Düsseldorf und Kiel hatte Lammert gegenüber den Fraktionen voriges Jahr als wenig taugliche Vorbilder dargestellt.

Bundestagsplenum